

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Zeitung“ erscheint an jedem Montag ausgenommen an den Feiertagen. Der monatliche Preis beträgt 2,50 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft 1,20 Reichsmark. Anzahl der Heft 120 Reichsmark. In 24 Pfennige Zahlungen. Zahl der Abonnenten: 12000. Die Preisliste werden nach demselben Tarif berechnet. Die Zeit 0,25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

rahmsendungen und Radiotelegramme.

Die Postlage der Beamten hat zu einem neuen Erlaß beim Reichsfinanzminister auf Besprechungen über eine anderweitige Gehaltsregelung geführt. Der Reichsfinanzminister weiß jetzt noch in Süddeutschland. Nach den amtlichen Polizeiberichten haben im Monat Juli in 8 Großstädten des Reiches 28 Beamte wegen wirtschaftlicher Sorgen durch Selbstmord geendet.

Nach Blättermeldungen aus Weimar ist die künftige Regierung der Ansicht, daß die Veränderung des Reichsfinanzministeriums keine neue Lage eingetreten sei. Der Film bleibt also in Thüringen verbot.

Von amtlicher deutscher Seite wird erklärt, daß nach ihren Erkundigungen die französischen Verbündeten in der Pfalz nur als Divisionskommanden in beschränktem Umfang geplant seien und daß General Haas mit seinem Stab nicht teilnehmen werde.

Nach einer Meldung der Brager kommunistischen „Rote Front“ steht die Beendigung der Untersuchung gegen den tschechischen Generalstaboffizier Salba bevor. Das Blatt will erfahren haben, daß Salba formell vollkommen rehabilitiert werden würde, daß er jedoch in Pension gehen werde. Wie die „Lidowe Koining“ meldet, finden in der letzten Zeit in der östlichen Elbprovinz häufige Sympathieübungen für Salba statt.

Das amtliche Oberhaus nahm das Gesetz betreffend Reorganisation der Kohlenbergbauindustrie an.

Die Londoner „Daily News“ meldet, es sei sehr wahrscheinlich, daß die britische Regierung im Herbst nach Italien gehen wird.

Die Londoner „Daily News“ berichtet, Premierminister Baldwin habe seine geplante Reise nach dem französischen Brevort Air les Bains infolge der Fortdauer des Kohlenkriegs aufgegeben.

Aus Moskau wird gemeldet: Der amerikanische Schiffsretter Mellon ist aus Genf hier eingetroffen.

Aus Mailand wird gemeldet: Gemeinderatsbeschlüsse in Turin und Genua brachten einen Rückgang der tschechischen Stimmen. In beiden Erfolgen wurden die antitsochechischen Kandidaten gewählt.

Infolge eines Beschlusses des antitalienischen Arbeiterbundes, sein Zutritt zu verhindern, sind von italienischen Arbeitern gebaut worden ist, werden Bewilligungen befristet. Die Italiener haben bei der antitalienischen, der britischen und der italienischen Regierung Protest erhoben.

Wie dem „Pariser Journal“ aus Madrid gemeldet wird, haben in der spanischen Zone umfangreiche Operationen zur Unterwerfung der noch antitalienischen Diktatorstaaten und zur Befreiung des Gebietes der Beni Yessen begonnen.

Das sinesische Auswärtige Amt hat die Sommerregierung erlaßt, einen Nachfolger für den Sommerminister in China, Karanfan, der sich seit einigen Monaten in Ausland auf Urlaub befindet, zu ernennen.

Die Agentur „Indo Pacific“ meldet, Feng der General sei aus Moskau nach China zurückgekehrt und in der Nähe von Raigan eingetroffen, wo er eine Regierung gebildet habe. Er sei der Dritten Internationale als Vertreter der drei Ostprovinzen mit der Hauptstadt Kirin beitreten.

Eine in Amerika sehr beachtete Zeitschrift „The Far Eastern Review“ weist darauf hin, daß für Amerika zweites sei, sich mit den Sorgen des „gelten“ zu beladen. Die Regierung sollte dem Völkerbund und allen europäischen Völkern entschlossen den Rücken kehren und eine klare, ohne Gefühlsbelei geleitete Außenpolitik mit China als gleichberechtigten Staat aufnehmen. Die Anerkennung der sinesischen Völkerrechte würde den Vereinigten Staaten gegenüber England und Frankreich großen Vorteil bringen.

„Times“ meldet aus Paris: Nach vertrauenswürdigsten Meldungen aus Afrika ist vor einigen Tagen ein Komplott gegen das Leben des Herrschers fast ganz abgeworfen, des Wahrscheinlichens „Im Sand“ aufgedeckt worden, die Person, welcher, nämlich nahe Verwandte des Königs, „die Mordanschläge“ begehen.

Ein Protest der Richter. Eingabe der Magdeburger Richter an Reichsregierung und Reichstag.

Landgerichtsrat Kölling hat in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes Magdeburg des preussischen Richtervereins an den Reichstag und an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in welcher er unter Hinweis auf Artikel 15, 102 ff., der Reichsverfassung den Reichstag ersucht, zur Wahrung der Unabhängigkeit der Richter einzugreifen, weil einem Richter in Magdeburg bei der Führung einer Voruntersuchung von Verwaltungsbehörden außerordentliche Schwierigkeiten bereitet würden. Dadurch entsetze die Gefahr, daß die Klärung der Angelegenheit unmöglich gemacht wird.

Diese, namens der Magdeburger Untergruppe des preussischen Richtervereins an Reichsregierung und Reichstag gerichtete Aufforderung, in der Rechtspflege die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, zeigt deutlich als alles andere den außerordentlichen Ernst der Magdeburger Vorgänge. Wenn die Richter Magdeburgs zu einem so außergewöhnlichen und schwerwiegenden Mittel ihre Zuflucht nehmen, so verlegt demgegenüber die demagogische Behauptung der Richter, Kölling usw. wären Reaktionen und führten die Untersuchung aus innerpolitischen Gründen in einseitiger Weise. Denn schließlich sind die Richter Magdeburgs in ihrer Gesamtheit ja nicht politische Agitatoren, sondern Männer, die ihren Amtseid geleistet und bewahren haben, daß sie dem Reich und dem Volk treu sind.

Seit der Richterverein den Vorwurf der verfassungswidrigen Einmischung der Polizei in die Rechtspflege aufgriffen hat, ist die Frage dem Gebiet des rein Persönlichen entzogen und zu einer Staatsfrage geworden, bei der es nicht um Reaktion oder Freisinn, sondern um den Grundpfeiler des Staates, um Recht und Gerechtigkeit geht.

Es wird immer schöner.

Nach Berliner Meldungen ist die durch die Berliner Kriminalkommission Dr. Riemann und Reichsjägermeister Besichtigung der Beate des Schröder, Hildegard Geese in Berlin, ohne Wissen des Untersuchungsrichters Kölling erfolgt. Dieser weiß von der ganzen Sache nichts. Eine amtliche Mitteilung ist ihm vom Polizeipräsidenten nicht gemacht worden.

Es wird immer schöner: der verfassungsmäßige zur Rettung der Untersuchung bestimmte Untersuchungsrichter wird einseitig ausgegliedert. Man stelle sich nur einmal vor, was das geben könnte, wenn in allen Kriminalfällen die Untersuchung über den Kopf des zuständigen Beamten weg von Berlin aus betrieben und dann, wie hier, verheerende Ergebnisse erzielt werden.

Die Berliner erklären im vorliegenden Fall: Schröder ist allein schuldig, und zwar des Raubmordes. Der Untersuchungsrichter erklärt: Anger

Stratil-Sauer 4 Jahr Gefängnis.

Aus Raval (Uganda) wird gemeldet: Der deutsche Forscher Stratil-Sauer, dessen Besatzung zum Tode nur dadurch hätte vermieden werden können, daß die Kamille des von ihm in Notwehr erdrossenen Nigaman ihn selbsttötend verzehrte, wurde vor vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine Ueberraschung.

Das Pariser „Journal“ meldet aus Madrid: Primo de Rivera gab in einer Pressekonferenz unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Barcelona bekannt, daß Spaniens Aufnahme in die Reihe der künftigen Ratismitglieder beim Völkerverbund gesichert sei.

Die Zustimmung Deutschlands als neuer Ratismacht sei in offizieller Form ausgesprochen worden, so daß keine Gegenseitigkeit im Rat mehr bestünde.

Die Meldung bedeutet eine so große Ueberraschung, daß man die Befähigung noch abwarten muß. Denn man kann nicht ohne weiteres annehmen, daß die Reichsregierung sich einleise, ohne den Hinweis zu fragen, über den Reichstagsbeschluss hinwegsetzt, in den Völkerverbund einzutreten, wenn keine Erweiterung der Zahl der künftigen Ratismacht erfolgt.

Reinholds Glück und Ende.

Reinhold. Das ist unser derzeitiger Reichsfinanzminister, seines Jenseits Demofrat und nordamerikanischer Minister in Sachsen. Und sein Glück war die Berliner demokratische Presse und die sogenannte parteilose Generalanlegerpresse in der Provinz, die ihn in den Himmel lobte.

Die Sache ist nämlich so: Sie kennen doch noch den bösen Schlieben? Das war ein ganz abgekaufter Mensch und Deutschnationaler und Finanzminister in dem Kabinett Luther, das im vorigen Sommer durch den Rücktritt der Deutschnationalen zu Grunde gieng. Dieser Schlieben hat — nach Angabe der genannten Partei — in seiner kurzen Amtszeit eine geradezu ungeheuerliche Steuerpolitik getrieben, indem er aus reiner Bosheit oder aus Unverstand der deutschen Wirtschaft, „mildebittens“ 1/2 Milliarde Steuern zurück erprekte und damit die Wirtschaft ruinierte. Wie ganz anders der neue Reichsfinanzminister Reinhold! Raum trat er sein Amt an, so verstandete er mit geradezu herabgewinnender Güte: Zunächst will ich der Wirtschaft als mein erstes Antrittsgeschenk einen Steuererlaß von 500 Millionen bringen; damit werde ich die Wirtschaft „entlasten“, und dann gibt es eine Steuerermäßigung nach der anderen.

„Ja, das ist doch endlich mal ein Mann, der Verständnis für die Wirtschaft hat und der das Betz auf der richtigen Stelle hat.“ So jubelte die genannte Presse über seinen Finanznachfolger. Das Merkwürdige war, daß die Gassen, die den Finanzminister doch viel besser kannten, durchaus nicht riefen: „Komme wieder, Köd, du bringst so schön!“ Sondern gerade aus diesem Lande seiner bisherigen Tätigkeit kamen die ersten und sehr tüchtigen Vorschläge zu seinem Volksbegünstigungsgesetz. Den Gassen hat Dr. Reinhold nämlich ein Ei im Nest hineingesetzt, aus dem ein fürchterlich gefährlicher Rast ausgetrieben ist: die Gassen, die bisher ohne Umschulung von Geldern verdinglichen, ohne ihre Existenzunmöglichkeit oder gar ihren Ruin nachsehen zu können. Über dieses hat Herr Reinhold vor dem Reichstag eine Rede gehalten und erklärte, daß die Gassen, die bisher ohne Umschulung von Geldern verdinglichen, ohne ihre Existenzunmöglichkeit oder gar ihren Ruin nachsehen zu können. Über dieses hat Herr Reinhold vor dem Reichstag eine Rede gehalten und erklärte, daß die Gassen, die bisher ohne Umschulung von Geldern verdinglichen, ohne ihre Existenzunmöglichkeit oder gar ihren Ruin nachsehen zu können.

Schröder ist verurteilt! Ganz unabhängig aber davon ist die Frage, ob Schröder einen Raubmord ausübte oder ob er den Mord vollbracht hat, um einen ihm gegebenen Auftrag auszuführen. Ich habe gestern und vorgestern verlässliche Beteiligungen vorgenommen, zum Teil aus Ermittlungen außerhalb Magdeburgs angefaßt. Alles veranlaßt mich, an meiner These festzuhalten und meine Untersuchung weiterzuführen.

Von den Berliner Kommissaren Busdorf, Dr. Riemann und Reichsjägermeister sind in der Morbidlage Hellung seiner Ermittlungen im Auftrag der Landesstriminalpolizeidirektion angefaßt worden, auf Grund deren die Berliner Kriminalpolizei einen geminen Raubmord, begangen von Schröder, zu ermitteln anfaßt. Ein Zeugnism des verurteilten Schlichterführers in der Magdeburger Stuttgart erklärt, daß die Kugeln im Kopfe Hellings ohne jeden Zweifel aus dem Revolver Schröders stammen. Man sieht es bei der Berliner Kriminalpolizei als sicher an, daß Schröder den Mord in sein Haus lockte und dort ermordete, um ihm die 500 Mark Raublos zu tauben, die Helling auf Grund eines Interims Schröders mitgenommen hatte.

Wie wir zuverlässig erfahren ist das Durchgehen der Magdeburger Vorgänge weiter dadurch kompliziert geworden, daß nunmehr auch gegen den Verleumdung des Haas und die Angehörigen des Haas Begünstigungsgesetzes eingeleitet sind.

Schwierigkeiten mit Polen.

Die deutschen Delegierten in den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen haben in einer ausführlichen Denkschrift am Montag ihre Wünsche und Forderungen überreicht. Die Polen erklärten sich außerstande, über die ihnen vom Ministerrat erteilten Instruktionen hinauszugeben. Soweit das neue polnische Anstellungsrecht deutsche Rechte in Polen beeinträchtigt, wird das Reichsblatt in seiner Sitzung am 11. d. M. über die weitere Stellungnahme Rücksicht zu lassen haben. Die Ansuchen für das baldige Zustandekommen eines Wirtschaftsvertrages mit Polen sind unverändert äußerst gering.

Die Londoner „Morningpost“ bringt eine Genfer Information, wonach Polen für Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands Bedingungen hinsichtlich der Katschfrage gestellt habe, die in Genf Erfüllbar und Beforgnis hervorzuerufen hätte.

Wenn die Engländer sich auch den Ansuchen geben, als ob sie unangenehm erkläre über Polens Anträge wären, so ist angedeutet, daß die guten englisch-polnischen Beziehungen und der wichtigen Rolle, die Polen in Englands Plänen zum Zweck der Völkerverbund spielt, durchaus anzuregen, daß Polen von England erst angefaßt ist. Auch die Vergleichbarkeit der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen konnte mit England umzugehen, denn um so besser sind dann Englands Ansuchen auf Erörterung des polnischen Kartells.

Dringender Verdacht gegen Haas.

Untersuchungsrichter Kölling erklärt, daß sich das Weg seiner Untersuchungen immer enger am Direktor Haas anwimmere. Er sei im Begriff zu ihm zu kommen, zum Teil neuen belastenden Materials, daß an eine Haftentlassung entgegen der Ansicht des Kölling gar nicht zu denken sei. Nach seiner Ansicht komme nur Mord auf Anführung in Frage. Er werde auf jeden Fall eine Untersuchung trotz des Ergebnisses der Berliner Ermittlungen fortführen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet über eine Unterredung, die der Korrespondent des „Kölling“ auf die Frage des Korrespondenten, weshalb der Untersuchungsrichter bisher gegen Schröder nur ein Verhör wegen Diebstahls und Raubes geführt habe, antwortete Kölling, nach dem genannten Blatt: Wenn wir von vordereinander Schröder mitgeteilt hätten, daß gegen ihn ein Verhör wegen Mordes schwebt, dann würde es uns nicht möglich gewesen sein, Näheres über die Ermittlung des Mordes von ihm zu erfahren. Wichtig aus tatsächlichen Gründen wurde die Zeit gegen Schröder nicht sein Verhör wegen Mordes oder Mordbeteiligung eingeleitet. Dies ist aber nur eine Formfrage.

Schröder ist verurteilt! Ganz unabhängig aber davon ist die Frage, ob Schröder einen Raubmord ausübte oder ob er den Mord vollbracht hat, um einen ihm gegebenen Auftrag auszuführen. Ich habe gestern und vorgestern verlässliche Beteiligungen vorgenommen, zum Teil aus Ermittlungen außerhalb Magdeburgs angefaßt. Alles veranlaßt mich, an meiner These festzuhalten und meine Untersuchung weiterzuführen.

Wie wir zuverlässig erfahren ist das Durchgehen der Magdeburger Vorgänge weiter dadurch kompliziert geworden, daß nunmehr auch gegen den Verleumdung des Haas und die Angehörigen des Haas Begünstigungsgesetzes eingeleitet sind.

Sowie von Reinholds Glück. Und nun so sein Ende:

Das die Steuerermäßigungen erheblich weniger als eine halbe Milliarde ausmachten, war die erste Enttäuschung. Das die verprophete Hilfe der Wirtschaft gänzlich ausblieb und statt dessen eine Arbeitslosigkeit kam, die der liebe Herr Finanzminister noch nicht hatte träumen lassen (schweige denn nicht vorausgesehen hatte), war dagegen schon eine wirklich sehr ernste Enttäuschung. Aber auch hier gab es keine Enttäuschung. Über auch hier gab es keine Enttäuschung. Über auch hier gab es keine Enttäuschung. Über auch hier gab es keine Enttäuschung.

Nach der vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen Uebersicht über die Reichsfinanznahmen und Reichsausgaben im Vierteljahr April bis Ende Juni 1926 belief sich in Millionen Reichsmark ausgegeben, im ordentlichen Haushalt die Einnahmen auf 1524, die Ausgaben auf 1601; mithin noch ein siebenhundertachtzigtausend 77 erforderte. Dagegen ergibt sich infolge der in den Haushalt eingelegten Liebesgaben aus den Jahren 1924 und 1925 ein einmündiger Ueberschuß von 14,6. Im außerordentlichen Haushalt beliefen sich die Einnahmen auf 0,9, die Ausgaben auf 116,5. Im Haushalt sind aus Haushalten zu betten 116,5.

Das ist für die gläubige Gemeinde Reinholds eine fatale Ueberraschung: 77 Millionen Vierteljahrbeitrag im ordentlichen Haushalt, also auf den Jahr berechnet 308 Millionen. Nur kann bei „seiner reiner Bosheit“ oder aus Unverstand getriebenen ungeheuerlichen Steuerpolitik“ der böse Schlieben kann der Freibeitrag allerdings noch aus früheren „Ueberschüssen“ gedeckt werden. Das



